

An den **Oberbürgermeister**
Der Stadt Coburg
Herrn Norbert Kastner
Markt 1
96450 Coburg

Coburg, den 8.12.2009

Antrag zur Stadtratssitzung am 17.12.2009 des einzigen Coburger Stadtratsmitglieds der ödp
Hier: Bau und Betrieb von Photovoltaik- und Windstromanlagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat möge beschließen, in den Haushaltsplan des Jahres 2010 den Betrag von 75 Millionen Euro, aus unseren noch nicht verplanten Kapitalrücklagen einzustellen und zwar für den Bau und Betrieb von Photovoltaik- und Windkraftanlagen zur Stromerzeugung, sowohl im Stadtgebiet als auch in unserer Region.

Begründung:

Bei vielen der bisher in der Realisierung befindlichen und geplanten Baumaßnahmen ist mit erheblichen, jährlichen Folgekosten zu rechnen, die evtl. unsere zukünftige Finanzkraft übersteigen könnten. Schon bei Verabschiedung des Nachtragshaushaltes für 2009 wurde der Stadtrat von Herrn Austen dankenswerter Weise darauf hingewiesen dass, aufgrund der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 275% und in Folge der Wirtschaftskrise, die lfd. Einnahmen die lfd. Ausgaben im Jahr 2009 nicht mehr decken werden. Ein von mir bereits im letzten Jahr befürchtetes Ergebnis, weshalb ich als einer der Wenigen gegen die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes votiert hatte.

Andererseits ist es nicht Sinn der kommunalen Finanzplanung, der Wirtschaft Gewerbesteuern abzuverlangen und diese nicht weitestgehend, Zug um Zug wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen. Erst Recht nicht zu einer Zeit, wo unser Aller großes Vorbild, die CDU-geführte Bundesregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft sogar noch über ihre laufenden Steuereinnahmen hinausgehende, horrende Kredite aufnimmt, um mit den dadurch möglichen Finanzierungen die Privat-Wirtschaft zu stützen.

Mit der hier genannten Summe von 75 Millionen Euro könnten z.B. alleine ca. 70 ha Photovoltaikanlagen gebaut werden. Diese Anlagen würden jährlich etwa 21 GWh (Giga-Watt-Stunden) elektrische Energie liefern. Diese Energie entspricht überschlägig vier Prozent des Stromeinkaufs der SÜC, gem. deren Geschäftsbericht für das Jahr 2008.

Statt Folgekosten nach sich zu ziehen, würde aus dieser Investition für die Dauer von 20 Jahren, nach dem EEG, ein Netto-Ertrag von jährlich mehr als 5 Millionen Euro zu Gunsten unserer Stadtkasse erlöst werden.

Natürlich könnten mit einem größeren Hebel durch Einsatz von KfW-Darlehen, wie es clevere, private Investoren uns vormachen, auch z.B. die fünffache Fläche mit Photovoltaikanlagen

bestückt werden, womit eine fünffach größere elektrische Energiemenge, also etwa 100 GWh in das Netz der SÜC eingespeist werden.

Die Fläche von 350 ha entspricht etwa 8 % der Gesamtfläche unseres Stadtgebietes (4.830 ha), so dass die bevorzugt zu wählenden Dach- und Brachflächen zur Bestückung mit PV-Anlagen sicher nicht ausreichen würden und deshalb auch Freiflächen-PV-Anlagen in und um Coburg gebaut werden müssten.

Über die Rechtsform unter steuerlichen Gesichtspunkten, z.B. Installation auf von Bürgern und der Wohnbau gepachteten Dachflächen, ggf. verlorenen Zuschüssen an Bürger oder anderweitige Realisierungsmaßnahmen wären selbstverständlich detaillierte Maßnahmenkataloge seitens der Verwaltung zu erstellen und ggf. vom Stadtrat zu entscheiden.

In Ergänzung zur Photovoltaik sollte unbedingt auch die Notwendigkeit der Installation von Windkraftanlagen zur Stromerzeugung seitens der Verwaltung ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, da nur mit diesen beiden Energiequellen, in optimaler Abstimmung aufeinander, ein baldiger Ausstieg aus dem Atomenergie-Brückenzeitalter gelingen kann.

Ein zusätzlicher, höchst erfreulicher Ertragsaspekt bei Abfluss unserer freien Kapitalrücklagen in der Höhe von 75 Millionen Euro wäre noch, dass wir dann bei förderungsfähigen Investitionsvorhaben höhere Förderquoten erwarten könnten, wegen unserer, nunmehr vorliegenden, größeren Bedürftigkeit.

Wenn privates Kapital inzwischen aus rein wirtschaftlichen Überlegungen in Windkraft- und Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung investiert wird, kann es nicht falsch sein, zur Stützung unserer regionalen Wirtschaftskraft und Sicherung zukünftiger Energieversorgung, als Kommune entsprechende Leuchtturmprojekte zu initiieren. Das wäre darüber hinaus auch ein sichtbarer, angemessener Initiativbeitrag als Mitglied des Klimabündnisses.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Klaus Klumpers